

Text zu Nahostkonflikt

„Die Zwei-Staaten-Lösung wäre ein Desaster“

Einführung mit Hilfe von KI erzeugt

Interview mit

Rula Hardal, Omri Boehm

Rula Hardal wurde 1974 in Peqi'in in der israelischen Provinz Galiläa geboren, Omri Boehm 1979 in Gilon, ebenfalls Galiläa. Beide haben die israelische und die deutsche Staatsbürgerschaft. Hardal forscht am Shalom Hartman Institut in Jerusalem und ist seit 2023 Co-Direktorin der israelisch-palästinensischen Organisation „A Land for All – Two States, One Homeland“. Zehn Jahre verbrachte sie in Deutschland, wo sie an der Universität Hannover promoviert wurde. Omri Boehm ist Professor für Philosophie an der New Yorker New School for Social Research.

Zugehörigkeit

Shalom Hartman Institut in Jerusalem; New School for Social Research, New York

Schlüsselwörter

Nahostkonflikt, Zwei-Staaten-Lösung, Föderation, Palästinenser, Israelis

URLs

<https://www.sueddeutsche.de/kultur/rula-hardal-omri-boehm-israel-palaestina-interview-zwei-staaten-loesung-lux.A6na8UmWiAK8YcTpdEoydm>

Zusammenfassung

- Der Artikel diskutiert die gegenwärtige Situation im Nahostkonflikt und die Unzulänglichkeiten der Zwei-Staaten-Lösung.*
- Die Autoren argumentieren, dass die bestehende politische Realität und die tief verwurzelten Konflikte zwischen Israelis und Palästinensern eine neue Herangehensweise erfordern.*
- Sie schlagen eine Konföderation als alternative Lösung vor, die beiden Völkern gleichberechtigte politische Subjekte zuspricht.*
- Die vorgeschlagene Methodik zielt darauf ab, die Souveränität beider Seiten zu teilen und eine gemeinsame Verfassung zu schaffen, um das Zusammenleben zu ermöglichen.*

Methoden

- Analyse der aktuellen politischen Situation und der gesellschaftlichen Dynamiken in Israel und Palästina;*
- Kritische Betrachtung der Zwei-Staaten-Lösung und ihrer historischen Wurzeln;*
- Vorschlag einer föderativen Struktur zur Schaffung eines gemeinsamen politischen Rahmens;*
- Einbeziehung der Diaspora-Palästinenser in den Diskurs über die Zukunft.*

Schlussfolgerung:

- Die Arbeit hebt die Notwendigkeit hervor, die bestehenden politischen Strukturen zu überdenken und eine integrative Lösung zu finden.*
- Innovationspunkt: Der Ansatz einer Konföderation anstelle der traditionellen Zwei-Staaten-Lösung.*

- *Leistung: Die Idee könnte potenziell eine Grundlage für zukünftige Verhandlungen bieten, ist jedoch noch nicht weit verbreitet akzeptiert.*
- *Arbeitsbelastung: Die Umsetzung erfordert erhebliche Anstrengungen in der politischen Bildung und im Dialog zwischen den Gemeinschaften.*

Fragen, die für Sie interessant sein könnten:

- *Welche konkreten Schritte könnten unternommen werden, um die vorgeschlagene Konföderation zu realisieren?*
- *Wie reagieren die verschiedenen politischen Gruppen innerhalb Israels und Palästinas auf diesen neuen Ansatz?*
- *Welche Rolle spielt die internationale Gemeinschaft bei der Unterstützung dieser Vision?*

Interview mit Rula Hardal und Omri Boehm

„Die Zwei-Staaten-Lösung wäre ein Desaster“

Der jüdisch-israelische Philosoph Omri Boehm und die palästinensisch-israelische Politikwissenschaftlerin Rula Hardal über die Folgen des 7. Oktobers, die **Missverständnisse des Westens** – und ihre ganz konkrete Idee für die Zukunft.

Von einer Lösung scheint der Nahostkonflikt derzeit so weit entfernt wie noch nie. Oder doch nicht? Der jüdisch-israelische Philosoph Omri Boehm und die palästinensisch-israelische Politikwissenschaftlerin Rula Hardal zeichnen ein **düsteres Bild** der Lage – aber sie pochen darauf, dass es **Hoffnung** auf eine partnerschaftliche, **humane Zukunft** von Juden und Palästinensern gibt. Und sie machen konkrete Vorschläge.

SZ: Herr Boehm, war Israel je weiter entfernt von einem Leben in Frieden?

Omri Boehm: Die Kombination aus **Bedrohungen** von **außen** und beispiellosen **Angriffen** auf den **Rechtsstaat** von **innen** ist jedenfalls eine riesige Hypothek.

In den ersten Tagen nach dem 7. Oktober schien die israelische Gesellschaft zusammenzurücken. Ist davon noch etwas übrig?

Boehm: Das war relativ schnell wieder vorbei, als man sich nicht auf ein gemeinsames Geiselabkommen einigen konnte. Man darf zudem nicht vergessen, dass zur israelischen Gesellschaft auch Palästinenser gehören. Mit denen rückte nach dem 7. Oktober sicher niemand zusammen. **1,3 Millionen israelische Staatsbürger sind Palästinenser**, das sind über **20 Prozent** der Bevölkerung. Das **Ignorieren** der politischen und juristischen Implikationen dieser Tatsache ist ein wesentlicher Grund dafür, warum wir uns eher immer weiter vom **Frieden entfernen**.

Wie ist denn die Stimmung unter den **palästinensischen Staatsbürgern** in Israel? Von außen wirken sie erstaunlich ruhig.

Rula Hardal: Die meisten stehen immer noch unter **Schock**. Die große Mehrheit von uns hat sofort begriffen, dass es diesmal anders ist, größer, bedrohlicher. Die wenigen, die ihre Stimme erhoben, wurden umgehend festgenommen. **Es gibt ja nicht nur die offizielle Polizei, auch die Mehrheit der jüdischen Israelis kontrollieren uns**, in den sozialen Medien,

am geteilten Arbeitsplatz. In den vergangenen drei oder vier Monaten beobachte ich auch an mir **Angst um unsere Existenz**.

Boehm: Ich bin – übrigens ganz in der Nähe von Rulas Heimatstadt – in der Misgav-Region in der nordisraelischen Provinz Galiläa aufgewachsen. Es gab dort traditionell große Demos von palästinensischen Israelis, wenn es zu Unruhen im Westjordanland und Gaza kam.

Und jetzt?

Boehm: Die Stille ist unheimlich. Verstehen Sie mich nicht falsch, das war nie ein schönes Erlebnis für einen jüdischen Teenager. Am Morgen nach den nächtlichen Protesten waren die Straßen voller Steine, man roch noch das Tränengas. **Es waren kleine Kriege**. Aber was das jetzige Schweigen bedeutet, versteht man erst, wenn man weiß, was früher war.

In dem Sinn, als die Demos der israelischen Palästinenser auch ein Zeichen dafür waren, dass sie sich immerhin **sicher genug fühlten, um zu protestieren?**

Boehm: Ja, und jetzt fürchten sie, nach Gaza die nächsten zu sein, die angegriffen werden. Das berührt auch eine Frage, die für die Zukunft Israels entscheidend ist, die aber sogar in den Diskussionen der israelischen Linken völlig vergessen wird: Erkennen wir die **Palästinenser als politische Subjekte an**, die es wert sind, dass wir mit ihnen **dieses Stück Land teilen?**

Hardal: Eine wichtige Frage, auf die es im Moment leider nur eine schockierende Antwort gibt: Es sieht nicht so aus.

Das heißt, auch die Liberalen und Linken in Israel, auf die viele im Westen ja immer noch hoffen, haben keine Ideen für die Zukunft, die Sie für tragfähig halten?

Boehm: Die Hoffnungen, die sie mancherorts noch wecken, beruhen darauf, dass der Diskussion insbesondere in Europa ein völlig **veraltetes Bild der israelischen Gesellschaft** zugrunde liegt.

Was wird denn übersehen?

Boehm: Vor allem in welchem Ausmaß die **ultranationalistische fanatische Rechte Teil des israelischen Mainstreams ist**, wie tief verwurzelt in den Gerichten, der Polizei, der Regierung, den Behörden, den Medien und natürlich im Militär. Ganz abgesehen davon, dass sie die Macht im Parlament hat.

Frau Hardal, haben Sie denn auch Veränderungen auf der palästinensischen Seite in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten bemerkt, die übersehen werden?

Hardal: Die entscheidende Veränderung gegenüber den Achtzigern und Neunzigern ist, dass es **keine legitime politische Führung der Palästinenser** mehr gibt – und dementsprechend keinerlei politische Strategie.

Seit 17 Jahren teilen Hamas und Fatah die Macht unter sich auf – zum Schaden aller.

Hardal: So könnte man es sagen. Die **ideologischen Gräben** innerhalb der Palästinenser und Palästinenserinnen sind viel **tiefer**, als das im Westen in der Regel wahrgenommen

wird. Die Spaltung betrifft das politische Narrativ der Palästinenser, die politische und die intellektuelle Führung. Auch deshalb kommt der Diaspora eine neue Rolle zu.

Welche?

Hardal: Eine Folge des **Oslo-Abkommens** bestand ja darin, dass sich die Debatte über das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser mehr und mehr auf Gaza und das Westjordanland fokussierte, jene Gebiete, die unter der neu geschaffenen Palästinensischen Autonomiebehörde standen. **Die Diaspora** wurde in den Hintergrund gedrängt. Aber nun denken viele Palästinenser in der Diaspora über eine neue Rolle nach, über ihre Idee von Palästina, über unsere Zukunft. Nach 30 Jahren sind sie es, die das **palästinensische Narrativ formen**.

Und wie genau?

Hardal: Ich habe den Eindruck, dass viele in der Diaspora sich **Illusionen über den wahren Charakter der Hamas** und ihrer Ideologie machen, über die innerpalästinensischen Kräfteverhältnisse und über die regionalen Mächte dahinter. Sie leben nicht hier. Im Ausland können sie ihre Stimme lauter erheben als Palästinenser in den repressiven Regimen des Westjordanlands oder des Gazastreifens. Sie können alle erdenklichen Forderungen erheben. Aber wer muss sie umsetzen? Wir hier.

Das hört sich nach fundamentalen Veränderungen in der palästinensischen Gesellschaft an.

Hardal: Ja, aber sehr viele Menschen sind auffällig **politikmüde**. Wenn Sie die **Korruption** im Westjordanland und im Gazastreifen in Verbindung mit **immer weniger Demokratie**, der israelischen Besatzung und der intensiven Kontrolle der Palästinenser dort durch das israelische Militär anschauen, ist das auch kein Wunder. Die Generation der Palästinenser, die in den vergangenen 20 Jahren geboren wurde, kennt nichts anderes als ein Leben in engen, von israelischen Soldaten **kontrollierten Gebieten**.

Viele Palästinenser brauchen wegen der Checkpoints oft mehrere Stunden für eine Strecke von 15 oder 20 Kilometern zwischen zwei Städten.

Hardal: Ich frage in meinen Feldstudien oft die Menschen, wie sie das Tag für Tag aushalten. Viele antworten dann – ganz ruhig und aufrichtig –, was ich selbst gar nicht richtig verstehen kann: „Jetzt können wir nichts tun. Aber eines Tages wird es anders werden.“

Ist das Fatalismus oder eine Art Drohung?

Hardal: Nein, nein, beides eben überhaupt nicht.

Was ist es denn dann?

Hardal: Ich denke, es ist das ganz starke Gefühl, dass dieses Land der Ort ist, an den sie gehören – und dass die jetzige Situation auch nur eine weitere Phase ist, die sie durchstehen müssen.

Unter Palästinensern hört man gelegentlich, dass der 7. Oktober furchtbar war – aber wenigstens blicke die Welt wieder auf die Palästinenser. Stimmen Sie zu?

Hardal: Schlimm genug, dass es dazu des 7. Oktobers bedurfte. Es ist, zugespitzt formuliert, das einzige Gute, das mir zum 7. Oktober einfällt. Aber was bringt uns diese Aufmerksamkeit? Der Krieg hält an, die Weltgemeinschaft scheitert moralisch und politisch.

Beide Seiten, Israelis und Palästinenser, sind seither überzeugt, dass ihre Auslöschung oder Vertreibung als ganzes Volk bevorsteht. Wie argumentiert man gegenüber Menschen in Existenzangst?

Boehm: Beide Seiten haben ja ein paar gute Gründe dafür. Die Palästinenser sehen sich durch ein Jahr Krieg in Gaza bestätigt. Aber auch die jüdischen Israelis haben Gründe, sich existenziell bedroht zu fühlen. Nur ganz andere. Die Bedrohungen sind nicht symmetrisch.

Was heißt das?

Boehm: Es ist ein Unterschied, ob für ein Volk die unmittelbare – und von diversen israelischen Ministern auch klar formulierte – Bedrohung besteht, bald aus seinem Land vertrieben zu werden, so wie es gerade in Gaza oder durch die Siedler im Westjordanland der Fall ist.

Sie meinen, dass die Juden aus Israel vertrieben werden, ist deutlich weniger virulent?

Boehm: Ja, oder auch nur, dass Tel Aviv demnächst so aussieht wie Gaza. Aber die jüdische Geschichte besteht aus zu vielen katastrophalen Erfahrungen, in Europa, im Nahen Osten, der 7. Oktober war ja nur die letzte davon. Und dann wäre da noch die wahre Bedrohung.

Noch wahrer?

Boehm: Auf dem Gebiet, das Israel kontrolliert, sind die Palästinenser inzwischen leicht in der Mehrheit. Die wahre existenzielle Bedrohung ist so gesehen nicht die Hamas, sondern das palästinensische Volk – wenn wir nicht unseren ganzen Blick auf die Sache verändern.

Weil die Juden die Palästinenser sonst als Palästinenser bekämpfen und die Palästinenser die Juden als Juden?

Boehm: Exakt. Da können dann nur entweder die einen oder die anderen bleiben. Die Dynamik des Konflikts geht in diese Richtung. Darum erscheint auch alles so aussichtslos. Diese katastrophale Logik muss aber durchbrochen werden.

Als Mittel der Wahl, um die Region zu befrieden, wird von der deutschen Außenpolitik, von den USA, von vielen anderen die Zwei-Staaten-Lösung als aussichtsreichste Option beworben.

Boehm: Das halte ich für gefährlich. Die Zwei-Staaten-Lösung wäre ein Desaster. Die Politik im Geist von Oslo sollte einen unbegrenzten Krieg zwischen den Völkern verhindern, was jedoch nicht gelang. Jetzt noch darauf zu beharren, heißt deshalb, auf einem faulen Kompromiss zu beharren – und die Palästinenser weiter nicht als politische Subjekte anzuerkennen, die das Recht haben, Rechte zu haben: also in der Region zu

bleiben und durch das Recht, geschützt zu werden. Viele im sogenannten propalästinensischen Lager gestehen das allerdings ihrerseits den Juden auch nicht zu. Es muss endlich ein alternativer Rahmen entworfen werden, in dem beide Seiten gleichberechtigte politische Subjekte sind, statt so zu tun, als sei es „realistischer“, auf die Illusionen zurückzugreifen, die uns erst in die gegenwärtige Situation geführt haben.

Dennoch: Außenministerin Baerbock betont oft, dass es ohne Zwei-Staaten-Lösung „keinen Frieden geben wird“. Was kann daran falsch sein?

Hardal: Das Oslo-Abkommen beruht auf dem Konzept der Trennung beider Völker. Aber das ist nicht nur unmoralisch, sondern auch nicht realistisch. Zwischen Jordan und Mittelmeer ist das Leben von Juden und Palästinensern längst so eng verflochten, dass ein solches Vorhaben völlig praxisfern ist. Deshalb basiert unsere politische Vision auf einer Idee des Teilens, nicht des Aufteilens. Wir stellen uns eine Art Föderation vor.

Eine Bundesrepublik Israel-Palästina?

Boehm: Eher eine Vereinigung nach dem Vorbild der Europäischen Union.

Hardal: Die meisten Israelis und Palästinenser legen weiterhin Wert auf eigene souveräne Staaten, aber wir schlagen eine gemeinsame übergeordnete Ebene vor, eine Art Konföderation. Sie würde Fragen des täglichen Lebens regeln, Wirtschaft, Menschenrechte, Justiz.

Boehm: Es soll kein Trick sein, bei dem am Ende angeblich doch wieder zwei Staaten entstehen sollen, nur heißt das Ganze diesmal anders. Denn wenn zwei Völker oder zwei Staaten sich diese Region unter dem Dach einer Konföderation oder Föderation teilen wollen, dann stellt sich auch die Frage staatlicher Souveränität. Beide Einheiten, die israelische und die palästinensische, würden einen Teil ihrer Souveränität abgeben, denn sie wären über eine gemeinsame Verfassung verbunden. Diese Verfassung muss für das gesamte Gebiet regeln, welche Gesetze legal sind und welche beispielsweise den Menschenrechten widersprechen oder dem Recht auf Bewegungsfreiheit.

Siedlerstraßen, die Palästinenser nicht befahren dürfen, gäbe es dann nicht?

Boehm: Natürlich nicht.

Rula Hardal, Sie sprechen mit deutschen EU-Politikern und mit deutschen Diplomatinen in Israel und in den palästinensischen Gebieten. Haben Sie den Eindruck, dass in Deutschland das ganze Ausmaß des Problems begriffen

Hardal: Weniger gut als anderswo. Ich bin mir bewusst, wie ungeheuer komplex das deutsch-jüdische Verhältnis angesichts der deutschen Geschichte ist. Aber eine Mehrheit der Deutschen hat oder möchte vergessen, dass die Gründung des Staates Israel als Zuflucht der Juden nach dem Holocaust die Probleme der Palästinenser in dieser Dimension erst ausgelöst hat. Deshalb ist Deutschland für beide gleichermaßen verantwortlich. Natürlich kann Deutschland die Existenz des Staates Israel unterstützen. Der zweite Teil fehlt aber im deutschen Diskurs.

Boehm: Ich spreche auch ab und zu mit deutschen Beamten und Politikern und habe den Eindruck, dass einige – nicht alle – sehr vernünftig sind. Sie sind vorsichtig, verstehen

aber hinter verschlossenen Türen langsam, dass die Trennungslogik von Oslo ein Ende haben muss.

Was kann Deutschland ausrichten? Nicht mal die USA scheinen erkennbaren Einfluss auf die Regierung Netanjahu zu haben.

Hardal: Die Situation kann, wenn überhaupt, nur von außen geändert werden. Historisch betrachtet besaß die internationale Gemeinschaft immer Instrumente, um Einfluss nehmen zu können, wenn sie es wollte. Europa, die USA und andere Staaten haben sie meiner Ansicht nach bislang nicht genutzt.

Mit Ihrer israelisch-palästinensischen Organisation „A Land for All“ haben Sie fünf Prinzipien für das Zusammenleben entwickelt, darunter das Recht beider Völker, auf diesem Land zu leben, Selbstbestimmung und Versöhnung. Wie groß ist die Zustimmung zu solchen Ideen bei den Palästinensern?

Hardal: Die meisten von uns wünschen sich eine demokratische, säkulare, liberale Gesellschaft, das werden Sie merken, wenn Sie Ramallah oder einen anderen Ort im Westjordanland besuchen. Und wenn ich mit palästinensischen Politikern rede, können sie sich alle diese Variante gut vorstellen. Die Fatah hält unsere Version für deutlich entwickelter und attraktiver als die Zwei-Staaten-Lösung. Unsere Variante wäre etwas zwischen der Zwei-Staaten-Lösung und einer Ein-Staaten-Lösung. Sie wäre integrativ.

Und die Hamas?

Hardal: Über die Hamas kann ich nichts sagen, ich rede nicht mit ihnen. Erst wenn der Krieg vorbei ist, kann sich das ändern, dann werden wir vermutlich auch eine andere Hamas sehen.

In Deutschland und anderen Ländern ist die Hamas als Terrororganisation verboten. Tatsächlich ist sie mehr als ihr militanter Zweig, aber würde der die Waffen niederlegen?

Hardal: Wir haben schon früher Umwandlungen von Terrorgruppen zu politischen Organisationen erlebt, denken Sie nur an die Fatah und die PLO. Beide galten als terroristische Organisationen bis zu den Oslo-Verträgen von 1993. Eine solche Wandlung ist machbar. Im Falle der Hamas halte ich sie für wahrscheinlich.

Woher wollen Sie das wissen?

Hardal: Jenseits der Propaganda deutet die Hamas inzwischen an, dass sie Gaza nach dem Krieg nicht mehr beherrschen wird. Sie sieht sich lediglich als Teil des politischen Systems, das Gaza und das Westjordanland kontrolliert.

Damit wäre Ihr Plan aber noch nicht umgesetzt.

Boehm: Historisch ist unsere Idee nicht neu. Der sogenannte UN-Teilungsplan von 1947 sah zwei Staaten vor.

Das lehnten die arabischen Staaten aber ab. Als Folge entstand der Staat Israel, aber kein palästinensischer Staat.

Boehm: Ja, die Geschichte ist jedoch komplizierter. Die UN-Teilungsresolution gilt heute zwar als paradigmatisches Modell für zwei getrennte Staaten, aber sie bedeutete etwas ganz anderes. Rula und ich scheinen von der Idee der Trennung, die damals zugrunde lag, abzuweichen. Aber die verdrängte Wahrheit ist: Die Resolution wollte nicht einfach eine Teilung, sondern eine „Teilung mit Wirtschaftsunion“. Sie schloss mit der Wirtschaftsunion auch die Freizügigkeit ein, gemeinsame Behörden für Verkehr, Zoll und Telekommunikation, eine gemeinsame Währung, gemeinsame Häfen, einen gemeinsamen Flughafen. Sogar so etwas wie ein gemeinsames Gericht. Schon damals hatte man begriffen, dass sich – wenn man wirklich Frieden will – beide Völker das Gebiet sinnvoll teilen müssen, weil man es nicht in Stücke trennen kann. Anders gesagt: Projekte wie das von Rula und mir versuchen, etwas wiederherzustellen, was die UN ursprünglich wollte.

Viele haben die Hoffnung auf eine Lösung oder auch nur eine Besserung aufgegeben. Der Konflikt, so heißt es oft, ist unlösbar. Bauen Sie nicht ein schön eingerichtetes Luftschloss?

Hardal: Wir stecken seit 30 Jahren in einer Sackgasse. Die einzige politische Vision, die derzeit kursiert, ist der „Unterwerfungsplan“ von Israels rechtsextremem Finanzminister Bezalel Smotrich.

Es gelte, „jegliche nationale Hoffnung der Palästinenser auszulöschen“, hat Smotrich vor einigen Jahren gesagt. Er bestreitet die Existenz eines palästinensischen Volkes und ist zuständig für den Siedlungsbau im Westjordanland.

Boehm: Sein Plan sieht drei oder vier verschiedene Stadien vor, alle laufen auf die Vertreibung hinaus. Palästinenser, die die israelische Dominanz akzeptieren, dürfen bleiben, jene, die friedlich ausreisen, werden irgendeine Art von finanzieller Belohnung dafür bekommen oder die Staatsbürgerschaft in anderen Ländern. Und diejenigen, die sich weigern, werden bekämpft. Weder die Palästinenser noch die Israelis würden das überleben.

Angesichts solcher Aggressivität – was können Sie beide ausrichten?

Boehm: Nur kleine Gesten. Rula wird zusammen mit anderen israelischen Juden und Palästinensern an einer Konferenz teilnehmen, die ich zusammen mit Andreas Føllesdal am Friedensnobelinstitut in Oslo organisiere. Es wird da um konföderative Ideen für die Zukunft Israels gehen.

Hardal: Als indigene Palästinenserin fühle ich mich in meiner Heimat tief verwurzelt. Gerade deshalb mache ich mich für eine bessere Zukunft nicht nur für mein Volk stark, sondern auch für die israelischen Juden. Aus dieser souveränen Position können und sollten alle Palästinenser dem „Feind“ eine Versöhnung anbieten.

Boehm: Es ist jetzt wichtig, auf den Maßstäben zu bestehen. Wir müssen diejenigen sein, die zeigen, was es bedeutet, einander als gleichberechtigte Subjekte zu betrachten. Am 7. Oktober hat die Hamas auch einen Anschlag auf die Idee des Zusammenlebens verübt. Für die Palästinenser bedeutet dies, in aller Deutlichkeit auszudrücken, dass diese Verbrechen gegen ihre künftigen Mitbürger nicht zulässig sind. Und ich als jüdischer Israeli muss klar sagen, dass wir nur zusammenleben können, wenn unsere eigenen Kriegsverbrechen geahndet werden. Wir müssen lernen, die aktuellen Verbrechen als Verbrechen zu sehen, die gegen unsere eigenen zukünftigen Bürger gerichtet sind. Eines Tages werden sie so gesehen werden. Es ist die einzige Hoffnung, die wir haben.

Rula Hardal wurde 1974 in Peqi'in in der israelischen Provinz Galiläa geboren, Omri Boehm 1979 in Gilon, ebenfalls Galiläa. Beide haben die israelische und die deutsche Staatsbürgerschaft. Hardal forscht am Shalom Hartman Institut in Jerusalem und ist seit 2023 Co-Direktorin der israelisch-palästinensischen Organisation „A Land for All – Two States, One Homeland“. Zehn Jahre verbrachte sie in Deutschland, wo sie an der Universität Hannover promoviert wurde. Omri Boehm ist Professor für Philosophie an der New Yorker New School for Social Research.

<https://www.sueddeutsche.de/kultur/rula-hardal-omri-boehm-israel-palaestina-interview-zwei-staaten-loesung-lux.A6na8UmWiAK8YcTpdEoydm>, 6. 10.2024